

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Mittwoch, 27.02.2013, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

| | |
|--------------------------------|---|
| stellv. Ausschussvorsitzender: | Bernd Redeker |
| Ausschussmitglieder: | Sascha Biebricher Heinz Peter Boyken (außer TOP 4.2 und 4.3) Dr. Susanne Engstler Jörn Kickler Bernd Köhler Jörg Weden |
| stellv. Ausschussmitglieder: | Hergen Eilers Djure Meinen Hannelore Schneider |
| Ratsmitglieder: | Rudolf Böcker (zeitweise) Jürgen Bruns Georg Ralle Elke Vollmer |
| Bürgermeister: | Gerd-Christian Wagner |
| von der Verwaltung: | Dirk Heise Meike Knop Ingrid Köhler Jens Neumann Rainer Rädicker |
| Gäste: | Friedhelm Ottens (Niedersächsisches Innenministerium, zum TOP 6.1) |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.01.2013
- 3 Einwohnerfragestunde

- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 4.1 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2013
- 4.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013
- 4.3 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013
- 4.4 Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 5.1 Abwicklung des Vertrages zur Erschließung eines Gewerbegebietes zwischen der Panzerstraße und der Gewerbestraße mit der stag STADTBAU GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2013 gem. § 9 Abs. 6 des Vertrages einschließlich Kosten- und Finanzierungsübersicht
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Antrag von ZUKUNFT VAREL zur Erörterung der grundsätzlichen Finanzlage der Stadt Varel
- 6.2 Erneuerung der Spundwand des Sielbauwerkes am Dangaster Hafen
- 6.3 Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Redeker eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

Der Tagesordnungspunkt 6.2 – Vorstellung der HSG Varel durch den Vorsitzenden Herrn Lothar Brecht - wird einvernehmlich gestrichen.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.01.2013

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 09.01.2013 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

4 Anträge an den Rat der Stadt

4.1 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2013 Vorlage: 086/2013

Der Erfolgsplan wurde anhand der im Jahresverlauf zu erwartenden Belegungsstruktur und Auslastungsquote sowie der zu erwartenden Aufwendungen erstellt. Er beinhaltet u. a. die Kosten für das benötigte Personal, um die vorgegebenen Standards und die von allen Seiten hervorgehobene gute Qualität der Leistungen erbringen zu können. Angesichts stagnierender Erträge und allgemeiner Preis- und Tarifsteigerungen weist der Wirtschaftsplan einen zu erwartenden Jahresverlust in Höhe von 57.600 EUR aus.

Im Verlauf des Finanzplanungszeitraumes besteht jedoch verhaltener Optimismus, durch Einsparungen im Personalkostenbereich und weiterer Einsparungen, auch durch rentierliche Investitionen in das Anlagevermögen, wie z. B. den Einbau eines Blockheizkraftwerkes, den Jahresverlust deutlich zu senken. Diesbezüglich bestehende Möglichkeiten - auch in Bezug auf die Finanzierbarkeit - werden derzeit mit der Heimleitung und dem Fachbereich 4 geprüft.

Für eine nachhaltige Konsolidierung des Wirtschaftsplanes bedarf es jedoch einer spürbaren Entgelterhöhung. Die Aufnahme von Pflegesatzverhandlungen im laufenden bzw. kommenden Jahr wird daher geprüft. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Alten- und Pflegeheim Langendamm ohnehin zu den hochpreisigen Einrichtungen im Landkreis zählt und insoweit vor Aufnahme von Pflegesatzverhandlungen sorgfältig ermittelt bzw. abgeschätzt werden sollte, inwieweit Entgelterhöhungen durchsetzbar sind.

Das Volumen des Vermögensplanes beschränkt sich in der Höhe auf die prognostizierten Abschreibungsbeträge. Die Höhe der Investitionsmittel ergibt sich aus den Abschreibungsbeträgen abzüglich der Tilgungsleistungen für Kredite und Berücksichtigung der Auflösung der Sonderposten.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2013 wird in der diesem Protokoll anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2012 – 2016 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

4.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: 082/2013

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013 enthält im Ergebnishaushalt

| | |
|--------------------------|------------------|
| Erträge in Höhe von | 61.700 EUR sowie |
| Aufwendungen in Höhe von | 83.000 EUR. |

Die Erträge beinhalten neben Zinserträgen in Höhe von 300 EUR Mieteinnahmen aus der Vermietung des Wohnungsbestandes der Grosse-Stiftung in Höhe von 61.400 EUR. In den Aufwendungen sind neben allgemeinen Sachaufwendungen und Abschreibungen Mittel für die Bauunterhaltung und Sanierung des Wohnungsbestandes in Höhe von 52.000 EUR enthalten.

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013 wird in der diesem Protokoll anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**4.3 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 083/2013**

Der Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013 enthält im Ergebnishaushalt

| | |
|--------------------------|-----------------|
| Erträge in Höhe von | 9.900 EUR sowie |
| Aufwendungen in Höhe von | 16.900 EUR. |

Die Erträge beinhalten neben Zinserträgen in Höhe von 100 EUR Mieteinnahmen aus der Vermietung des Wohnungsbestandes der Klusmann-Bülter-Stiftung in Höhe von 9.800 EUR. In den Aufwendungen sind neben allgemeinen Sachaufwendungen, Abschreibungen und Aufwendungen für die Erfüllung des Stiftungszwecks in Höhe von 3.200 EUR Mittel für die Bauunterhaltung und Sanierung des Wohnungsbestandes in Höhe von 10.100 EUR enthalten.

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für das Haushaltsjahr 2013 wird in der diesem Protokoll anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

**4.4 Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer
Vorlage: 079/2013**

Im Jahre 2001 wurde auf Grundlage des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für das Gebiet der Stadt Varel eine Zweitwohnungssteuer eingeführt. Zum 01.01.2009 wurde die Satzung aufgrund verschiedener Änderungen in der Gesetzgebung und der Rechtsprechung neu gefasst, in diesem Zusammenhang wurden auch die Steuersätze zum 01.01.2010 moderat angehoben.

Im Rahmen der Haushaltssicherung zum Haushaltsplan 2013 ist eine Erhöhung der Zweitwohnungssteuersätze um 10 % eingeplant. Der anliegende Entwurf zur Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung wird zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Erhöhung der Sätze führt für das Jahr 2013 zu 10.500 Euro und für die Folge-

jahre bis zu 14.500 Euro Mehreinnahmen.

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer wird in der diesem Protokoll anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

**5.1 Abwicklung des Vertrages zur Erschließung eines Gewerbegebietes zwischen der Panzerstraße und der Gewerbestraße mit der stag STADTBAU GmbH; hier: Wirtschaftsplan 2013 gem. § 9 Abs. 6 des Vertrages einschließlich Kosten- und Finanzierungsübersicht
Vorlage: 084/2013**

Die stag STADTBAU GmbH hat für die Treuhandmaßnahme jährlich einen Wirtschaftsplan vorzulegen, der die voraussichtlich anfallenden Einnahmen und Ausgaben des entsprechenden Wirtschaftsjahres enthält.

Der Wirtschaftsplan 2013 enthält Einnahmen in Höhe von 280.000 EUR als weitere Einlage der Stadt Varel zur Verminderung des Kreditbedarfs. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 vorgesehen. Im Bereich der Ausgaben sind neben Finanzierungs-, Verfahrens- und Vermessungskosten Mittel für weitere Erschließungsarbeiten zur Verlängerung der Hans-Schütte-Straße in Höhe von 610.000 EUR enthalten.

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2013 und der Kosten- und Finanzierungsübersicht der stag STADTBAU GmbH für den Gewerbe & Logistik-Port VAREL wird in der diesem Protokoll anliegenden Fassung zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6 Zur Kenntnisnahme

**6.1 Antrag von ZUKUNFT VAREL zur Erörterung der grundsätzlichen Finanzlage der Stadt Varel
Vorlage: 085/2013**

Ratsherr Boyken begründet den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL. Angesichts der finanziellen Entwicklung sieht seine Fraktion die Vorgaben des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes zum Haushaltsausgleich nicht eingehalten. Die Verwaltung müsse dem Rat danach einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Wolle man damit beginnen, die Neuverschuldung gegen Null zu bringen, müssten zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes noch 2,2 Mio. EUR eingespart werden. Für ZUKUNFT VAREL stelle sich angesichts des seit vielen Jahren nicht

mehr ausgeglichenen Haushalts der Stadt Varel auch die Frage, warum der Landkreis als Genehmigungsbehörde für den Haushalt nicht stärker eingegriffen habe. ZUKUNFT VAREL sieht die Verwaltung gefordert, jede einzelne Position des Haushaltsentwurfs noch einmal zu reduzieren, von der Bauunterhaltung bis zu allen Neubaumaßnahmen und Neuanschaffungen. Langfristig müsste auch die Personalzahl an der Verwaltungsspitze reduziert werden.

Zu Frage 1 des Fragenkatalogs von ZUKUNFT VAREL antwortet Bürgermeister Wagner, dass es natürlich Aufgabe der Verwaltung sei, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, dieser Entwurf aber nicht zwangsläufig ausgeglichen sein müsste. Vielmehr habe in den Ausschussberatungen Einvernehmen bestanden, zunächst alle Wünsche und Notwendigkeiten in den Haushaltsentwurf aufzunehmen. Entsprechend wurde der Verwaltungsentwurf aufgestellt, das sogenannte Streichkonzert sollte in den Haushaltsberatungen stattfinden. In diesen befinde man sich derzeit. Dabei wurde das Defizit im Ergebnishaushalt von ursprünglich 3,8 Mio. EUR auf mittlerweile 2,2 Mio. EUR reduziert. Hier sei man auf einem guten Weg. Es gebe aber noch viel Diskussionsbedarf, um möglichst in die Nähe eines ausgeglichenen Haushalts zu kommen. Alle Fraktionen, die ihn zu ihren Haushaltsberatungen eingeladen hätten, seien bemüht zu sparen, Aufgabenkritik zu betreiben und einen Haushaltsausgleich zu bewirken. Nach § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes sei es Aufgabe des Rates, Ziele der Kommune zu definieren und die Haushaltssatzung zu beschließen. Die Verwaltung sei gerne bereit, die entsprechenden Vorschläge der Fraktionen einzuarbeiten. Mittlerweile schreibe man seit 16 Jahren an der Haushaltskonsolidierung und besonders in den letzten Jahren wurden dabei wegweisende Entscheidungen getroffen, wie z. B. die Streichung des Seniorenpasses, die Schließung der medizinischen Abteilung und des Bewegungsbades, die Schließung der Gemeindefremdenverkehrsstation, die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages und die Professionalisierung in Dangast. Diese Maßnahmen entlasteten die Stadt Varel, weitestgehend nachhaltig, um rund 1 Mio. EUR. Es sei wichtig, diese wegweisenden Beschlüsse im Interesse der Haushaltskonsolidierung fortzuführen.

Ratsherr Bruns sieht in der Forderung, die Kommunalaufsicht müsse stärker eingreifen, den Wunsch, als Ratsmitglied politische Entscheidungen aus der Hand zu geben. Die sei nicht seine Art Politik zu machen. Als gewählte Vertreter habe man die Aufgabe, eigene Vorstellungen zur Haushaltskonsolidierung zu entwickeln und auch die Konsequenzen zu ertragen. Es sei wie die Quadratur des Kreises, Konsolidierungsmaßnahmen wie z. B. die Entsiegelung von Straßen abzulehnen und gleichzeitig vom Bürgermeister einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf zu verlangen. Man habe noch einige Entscheidungen, die auch Haushaltskonsolidierung seien, zu treffen, wie z. B. das Thema Dangast. In den Haushaltsberatungen habe man schon tiefgreifende Einschnitte in die Bauunterhaltung gemacht, auch wenn man wisse, dass diese Summen lediglich geschoben werden. Mit Forderungen nach einem Verzicht auf Neuanschaffungen, wie beispielsweise den Kauf eines Salzstreuers, müsse man auch die Konsequenzen tragen. Die Mehrheitsgruppe habe sich in den vergangenen zwei Jahren sehr intensiv auch mit den Vorschlägen anderer Fraktionen auseinandergesetzt. Insofern seien alle Fraktionen eingeladen, an der Debatte zur Haushaltskonsolidierung teilzunehmen. Es wäre erfreulich, wenn gerade die Konsolidierung auf eine breite Mehrheit gestellt werden könnte und hier gemeinsame Ziele gefasst werden könnten. Viele Maßnahmen bräuchten jedoch einige Jahre, bis die Konsolidierungseffekte auch im Haushalt messbar seien, wie z. B. das Thema Dangast oder die Grundschulschließungen. Hier sei man gut beraten gewesen, die Diskussionen und Debatten mit den Beteiligten zu führen bzw. den Arbeitskreis einzurichten. Dies und die Umsetzung der Maßnahmen kosteten jedoch Zeit und somit dauere es, bis die Ergebnisse haus-

haltswirksam werden.

Ratsherr Böcker sieht in den Anträgen der Fraktion ZUKUNFT VAREL Populismus. Sie fordere durchgehende Straßenbeleuchtung oder die Sanierung der Moorstraßen und stelle nun derartige Anträge. Dies sei ein Unding.

Zur 2. Frage von ZUKUNFT VAREL erläutert Bürgermeister Wagner, dass in den Gesprächen mit der Kommunalaufsicht zur Haushaltsgenehmigung auch jedes Jahr geprüft werde, ob es für die Stadt Varel Sinn habe, einen Antrag auf Bedarfszuweisungen bzw. Entschuldungshilfen zu stellen. Einen solchen Antrag habe man auch 2010 gestellt, der aber negativ beschieden wurde. In der Sitzung zum Haushalt 2012 habe man darauf hingewiesen, dass der Zukunftsvertrag absolut überzeichnet sei. Damit wolle er zum Ausdruck bringen, dass jede Möglichkeit geprüft werde, mit der man einen Haushaltsausgleich bewirken könne. Dazu gehöre auch die Entschuldungshilfe, wenn man die Kriterien erfülle. Auch über das Thema Fusionen habe er mit seinem Kollegen Herrn Kaars von der Gemeinde Jade gesprochen. Ein Fusionsprozess gestalte sich jedoch schwierig wie das Beispiel Wilhelmshaven/Friesland zeige. Vor diesem Hintergrund habe man überlegt, wie man besser und enger zusammenarbeiten könne und werde sich auch weiterhin treffen, um das ein oder andere gemeinsam anzuschieben. Es sei dem Land Niedersachsen zu danken, da die Diskussionen, die im Rahmen des Zukunftsvertrages aufgekommen seien, vielfach dazu geführt hätten, dass die Menschen über die eigenen Gemeindegrenzen hinaus mit anderen nach besseren Lösungen gesucht haben. Gleichwohl sei es für die Stadt Varel keine Alternative.

Ratsherr Biebricher führt zum Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL aus, dass es grundsätzlich ein guter Gedanke sei, die Möglichkeit einer Entschuldungshilfe zu prüfen. Dies sei jedoch nach seinem Sachstand nicht möglich. Nach einem Anruf im Innenministerium sei ihm innerhalb von drei Minuten bestätigt worden, dass die Stadt Varel die Voraussetzungen für eine Entschuldungshilfe nicht erfülle. Angesichts der einfachen Klärung dieses Punktes stelle sich für ihn die Frage, ob der Antrag von ZUKUNFT VAREL nicht einfach Populismus sei.

Ratsherr Boyken sieht angesichts der Kritik am Antrag seiner Fraktion diese als das originäre Recht der Fraktionen und Ratsmitglieder, entsprechende Fragen an den Bürgermeister zu richten.

Herr Friedhelm Ottens, im niedersächsischen Innenministerium zuständig für den Bereich des Zukunftsvertrages, erläutert die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Entschuldungshilfen. Bislang wurden vom Land Niedersachsen rund 30 Verträge mit einem Volumen von 950 Mio. EUR geschlossen. Insgesamt hat das Land Mittel für die Finanzierung des Zukunftsvertrages in Höhe von 1,2 Mrd. EUR im Haushalt bereitgestellt. Die Aussage zur Überzeichnung müsse jedoch eingeschränkt werden, da das Niedersächsische Finanzausgleichsgesetz als gesetzliche Grundlage keine Begrenzung des Volumens beinhalte. Gleichwohl lege das Gesetz Kriterien fest, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden festgelegt worden seien. Dazu gehöre als erstes Kriterium eine unterdurchschnittliche Steuereinnahmekraft im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden mit ähnlicher Einwohnerzahl. Die Stadt Varel habe eine Steuereinnahmekraft – bezogen auf den Zeitraum 2009 bis 2011 - von minus 6 %. Voraussetzung für Bedarfszuweisungen sei jedoch eine unterdurchschnittliche Steuereinnahmekraft von minus 15 %. Diese werde die Stadt Varel auch für den Zeitraum 2010 – 2012 nicht erreichen, so dass die Stadt Varel keine Bedarfszuweisungen erhalten werde. Die Stadt Varel müsse somit weiter Haushaltskonsolidierung betreiben. Als weiteres Kriterium müssten die Schulden aus der Aufnahme von Liquidität

tätskrediten weit überdurchschnittlich sein. Weit überdurchschnittliche Liquiditätskredite lägen vor, wenn sie die Grenze von 500 EUR je Einwohner zum Stichtag 31.12.2009 übersteigen. Die Stadt Varel hatte dagegen zum Stichtag 31.12.2009 Liquiditätskredite in Höhe von 473 EUR je Einwohner. Seit 2009 gebe es dieses Programm und bereits kurze Zeit später habe Bürgermeister Wagner als einer der ersten Kontakt zum Innenministerium aufgenommen und sich nach den Konditionen erkundigt. Obwohl die Stadt Varel die Voraussetzungen für Hilfen aus dem Entschuldungsfonds selbst nicht erfülle, könnte sie noch über das sogenannte Huckepackverfahren in den Genuss entsprechender Finanzhilfen kommen. Danach reicht es im Falle einer Fusionierung, wenn nur eine der beteiligten Kommunen die Voraussetzungen erfüllt. Der Anspruch gehe dann auch auf die zweite Kommune über. Die Gemeinde Jade erfülle die Voraussetzungen, wonach im Falle einer Fusionierung dann auch die Entschuldungshilfe für die Liquiditätskredite der Stadt Varel bewilligt werde. Politisch sei eine landkreisübergreifende Fusion jedoch nur schwer umsetzbar. Im Ergebnis erfülle die Stadt Varel die Anspruchsvoraussetzungen – wenn auch nur knapp – nicht, die Entschuldungshilfe sei somit keine Möglichkeit für die Stadt Varel. Natürlich sei es bitter, die Haushaltskonsolidierung ohne Hilfe des Landes in die Hand zu nehmen, andererseits sei es auch nicht ganz angenehm, mit dem Land Niedersachsen die Verträge über Entschuldungshilfen abzuschließen. So würden beispielsweise weit überdurchschnittliche Hebesätze verlangt. Er könne die Stadt Varel nur bestärken, ihren Weg der Haushaltskonsolidierung weiterzugehen.

Bürgermeister Wagner ergänzt, dass er in einem persönlichen Gespräch mit Herrn Höbrink, Landrat des Landkreises Wesermarsch, das eindeutige Signal erhalten habe, dass eine Fusion für ihn nicht in Betracht käme.

Auf die Frage von Ratsherrn Meinen, ob eine Fusion mit der Gemeinde Jade auch ohne Zustimmung des Landkreises Wesermarsch möglich wäre, antwortet Herr Ottens, dass dies rechtlich durchaus möglich wäre, da eine Fusion mittels eines Gesetzes vom Landtag beschlossen werde. Allerdings sei nicht zu erwarten, dass der Landtag angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine Fusion gegen das Veto eines Landkreises beschließen werde.

Auf die Frage von Ratsherrn Köhler, was sich für die Stadt Varel im Falle der Gewährung einer Entschuldungshilfe ändere, erläutert Herr Ottens, dass die Stadt Varel in diesem Fall rund 8 Mio. EUR weniger Liquiditätskredite und eine entsprechend geringere Zinsbelastung hätte. Im Gegenzug hätte die Stadt Varel Konsolidierungsmaßnahmen für den Haushaltsausgleich nachzuweisen. Grundsätzlich müsse die Stadt Varel bereits im Jahr der Gewährung der Entschuldungshilfen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, ggf. erst im Folgejahr. Die nachzuweisenden Konsolidierungsmaßnahmen müssten über die Laufzeit des Zukunftsvertrages von 10 Jahren durchgehalten werden. Dazu gehöre beispielsweise auch die Begrenzung der freiwilligen Leistungen auf 3 % der ordentlichen Aufwendungen.

Ratsherr Eilers würde es begrüßen, wenn das Programm des Landes Niedersachsen fortgeschrieben würde. Dem Programm liege ein wirklich guter Gedanke zugrunde, zum einen die direkte Entschuldungshilfe, zum anderen trage es dazu bei, dass die Gebietskörperschaften andere Strukturen schaffen, die es ihnen erleichtern, Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Fusionen bräuchten Zeit, hier etwas übereilt anzustoßen wäre kontraproduktiv, dies müsse sorgfältig vorbereitet werden.

Auf die Frage von Ratsherrn Eilers, wie er die Tendenz zur Fortführung des Pro-

gramms sehe, antwortet Herr Ottens, dass er nicht an eine Fortführung glaube, da auch die Kommunen, die den Entschuldungsfonds mitfinanzieren, einer Fortführung zustimmen müssten. Da es aber nur noch wenige Kommunen gebe, für die der Zukunftsvertrag infrage käme, sei es nicht zu erwarten, dass die kommunalen Spitzenverbände einer Fortführung zustimmen. Etwas anderes sei es, wenn das Land Niedersachsen das Programm allein fortführen wolle. Dies sei wegen der Schuldenbremse aber fraglich. Aber auch ohne den Zukunftsvertrag halte er es für möglich, dass es zukünftig beim Land Modelle gebe, die die Stadt Varel unterstützen könnten. Hier sollte die Stadt Varel über ihre Abgeordneten am Ball bleiben.

Erster Stadtrat Heise sieht in der Frage, ob es in der Verwaltung Überlegungen gebe, die Entschuldungshilfen des Landes in Anspruch zu nehmen, Misstrauen gegenüber der Verwaltung, solch elementare Dinge nicht zu beachten. Die Ausführungen von Herrn Ottens hätten deutlich gemacht, dass die Stadt Varel bereits sehr früh in dieser Frage Kontakt zum Land Niedersachsen aufgenommen habe.

Die Verwaltung richtet an Herrn Ottens die Frage, ob er für die Stadt Varel angesichts der besonderen Situation der Stadt mit dem Nordseebad Dangast als ältestes Nordseebad an der Küste und den aufgrund des Fremdenverkehrs notwendigen teuren Fremdenverkehrseinrichtungen, die die Stadt Varel über den Eigenbetrieb trotz aller Konsolidierungsbemühungen erheblich belasten, die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung durch das Land sehe. Diese Frage stelle sich angesichts der Hilfestellung des Landes Niedersachsen bei der Gemeinde Wangerooge, die eine kapitalisierte Bedarfszuweisung bewilligt bekommen habe. Herr Ottens antwortet darauf, dass die Gemeinde Wangerooge die Voraussetzungen des Entschuldungsfonds ebenso nicht erfüllt habe, aber aufgrund der Besonderheit als Inselgemeinde und der Einwohnerzahl die Möglichkeit bestand, die Steuereinnahmekraft anders zu berechnen. Er glaube nicht, dass die Stadt Varel über diesen Weg Hilfe bekommen könnte, da sich die Inselgemeinden aufgrund ihrer Lage erheblich von anderen touristischen Orten unterscheiden. Gleichwohl werde er diesen Punkt zur Klärung mitnehmen und dem Bürgermeister kurzfristig über das Ergebnis berichten.

Ratsherr Meinen spricht sich für mehr Rückgrat des Rates aus, den Bürgern zu vermitteln, dass sie mehr Geld für die Leistungen der Stadt Varel aufbringen oder Leistungen eingeschränkt werden müssten. Mit 25.000 Einwohnern leiste sich die Stadt nach wie vor 3 Bäder, in einem Bad koste die Nutzung der Stadt Varel 10 Euro, eine Ausleihe in der Bücherei rund 5 Euro. Die finanziellen Belastungen sollten nicht den folgenden Generationen überlassen werden.

Ratsherr Eilers sieht die Stadt Varel mit ihren Leistungen auf einem vernünftigen Niveau, auch wenn die ein oder andere soziale Leistung zukünftig anders oder eingeschränkt angeboten werde. Man betreibe bereits seit Jahren intensiv Haushaltskonsolidierung und man erlebe immer wieder die Widerstände in der Bevölkerung und den Interessengruppen, wenn es darum gehe, Leistungen zu kürzen oder Preise anzuheben. Auf den Abbau des Haushaltsdefizits werde dagegen nicht gedrungen. Wenn man etwas erreichen wolle, dann könne dies nur konzeptionell über einen langen Zeitraum und über den Wahltag hinaus gelingen. Dazu gehöre aber eine große Disziplin im Rat und eine konstruktive Herangehensweise statt des Versuches, für sich und seine Fraktion den größtmöglichen Gewinn aus der Diskussion zu ziehen.

Zur Frage 3 des Antrages der Fraktion ZUKUNFT VAREL antwortet Bürgermeister Wagner, dass in den derzeitigen Haushaltsberatungen intensiv daran gearbeitet werde, dem Rat einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Daneben sei

der Kämmerer bereits mit der Kommunalaufsicht zur Klärung der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts im Gespräch.

6.2 Erneuerung der Spundwand des Sielbauwerkes am Dangaster Hafen

Die Verwaltung gibt bekannt, dass die Sielacht Bockhorn-Friedeburg die Spundwand am Sielbauwerk am Dangaster Hafen erneuern wird. Im Rahmen dieser Baumaßnahme werde auch ein 30 m langer Abschnitt der Spundwand des Zweckverbandes Anleger Dangaster Siel, in dem die Stadt Varel Mitglied ist und für den sie auch die Geschäftsführung wahrnimmt, erneuert. Finanziert werde die Maßnahme aus Deichbaumitteln, die Bauzeit betrage etwa 4 Monate, die Kostenschätzungen belaufen sich auf 500.000 Euro.

6.3 Termine

Die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen ist für den 11. April vorgesehen. In dieser Sitzung soll auch der Haushalt der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 beraten werden.

Zur Beglaubigung:

gez. Bernd Redeker
(stellv. Vorsitzender)

gez. Jens Neumann
(Protokollführer)